

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Jünger und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/3482 –**

#### **Aktueller Stand des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ III**

13 Monate nach seiner Ankündigung durch den Bundesminister des Innern, Otto Schily, und die Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, wurde am 23. Mai 2000 das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ mit einer Festveranstaltung in der Berliner Staatsoper und einem „Markt der Initiativen“ auf dem Berliner Bebelplatz offiziell eröffnet.

Voraus gingen Pressemitteilungen von Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel Pro Asyl oder auch der Aktion Courage, die sich im Zuge der Vorbereitungen des Bündnisses ausgegrenzt fühlten und daher ankündigten, der Veranstaltung fernzubleiben. Sie kritisierten, „dass die Ziele, Arbeitsformen und Bündnispartner sowie der Stellenwert des Bündnisses innerhalb der Bundesregierung und des Bundestages immer noch nicht sichtbar sind“. Kurzfristig wurde von interessierten und bisher nicht einbezogenen Initiativen und Nichtregierungsorganisationen daher eine Veranstaltung einberufen mit dem Ziel, „inhaltliche und strukturelle Anforderungen zu diskutieren und diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die sich tagtäglich mit den Fragen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit beschäftigen“ (s. Einladungstext).

Anlässlich der nun erfolgten offiziellen Gründung des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ gehen wir davon aus, dass sich Vorhaben, Ausrichtungen und Konzepte des Bündnisses seit der Antwort der Bundesregierung auf unsere vorangegangene Kleine Anfrage zur selben Thematik (Drucksache 14/2807) zwischenzeitlich konkretisiert haben.

#### **Vorbemerkung**

Der von den Fragestellern in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage erweckte Eindruck, bestimmte Menschenrechtsorganisationen seien im Zuge der Vorbereitung des Bündnisses ausgegrenzt worden, ist falsch. Abgesehen davon, dass besagte Organisationen im Rahmen der Sitzungen des Forums gegen Rassismus Gelegenheit hatten, ihre Vorstellungen zum Bündnis darzulegen, haben die Fragesteller offenbar ein falsches Bild von der Bündnisidee. Es ging im Vorfeld der Auftaktveranstaltung am 23. Mai 2000 nicht um Überlegungen für eine

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 26. Juni 2000 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Vereinsgründung oder die Beschlussfassung über ein Aktionsprogramm o. ä., sondern es geht um ein ideelles Bündnis, das sich zur Aufgabe macht, durch die Förderung von Aktionen und Initiativen den demokratischen Verfassungskonsens zu festigen und zu erneuern.

Dies vorausgeschickt, wird die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Worauf bezieht sich die Interview-Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast: „Wir haben uns Zeit gelassen, das ist wahr, um die Planung so zu konzipieren, wie sie vielleicht am sinnvollsten ist.“?

Liegen mittlerweile ein detailliertes Konzept und eine konkrete Planung für das Bündnis vor?

Wenn ja, welche (bitte detailliert ausführen)?

Wenn nein, weshalb nicht?

Wie erklärt die Bundesregierung dann die Zeitspanne von 13 Monaten zwischen Ankündigung und Gründung des Bündnisses?

Wann ist mit dem detaillierten Konzept bzw. der detaillierten Planung zu rechnen?

Es unterliegt keinem Zweifel, dass das Bündnis eine gesellschaftspolitische Dimension hat, die Kontroversen über den Weg zum Ziel einschließt, insbesondere wenn Staat und gesellschaftliche Gruppen in Kooperation tätig werden. Die Suche nach diesem Weg hat umfangreiche Vorüberlegungen und Abstimmungsprozesse auf zahlreichen Ebenen erfordert.

Auf die Antwort zu Frage 1 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Jünger und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2650) in Drucksache 14/2807 vom 24. Februar 2000 wird verwiesen.

Ein ins Einzelne gehendes Konzept oder ein Aktionsprogramm der Bundesregierung würde verhindern, dass ein Gestaltungsprozess in Gang gesetzt würde, der für Ideen und Organisationsformen offen bleibt. Diesen Prozess soll ein zu gründender Beirat beratend und anregend begleiten.

2. Weshalb liegt noch keine Grundsatzklärung vor?

Wann soll diese vorliegen?

Wer ist bzw. wird an der Erstellung einer solchen beteiligt?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Mit welchen Inhalten und welchen Schwerpunkten beabsichtigt die Bundesregierung im Bündnis tätig zu werden?

Auf die Antwort zu Frage 4 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Jünger und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2650) in Drucksache 14/2807 vom 24. Februar 2000 wird verwiesen.

4. Welche Initiativen und Organisationen sind bisher am Bündnis beteiligt (bitte detailliert auflisten)?

Neben den einschlägigen Ressorts der Bundesregierung sind mehr als 200 Initiativen, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten, deren Aufzählung den Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage sprengen würde, an der Gestaltung des Bündnisses beteiligt worden.

Auf die Einführungsbemerkung wird verwiesen.

5. Welche Kriterien bestehen für Initiativen und Organisationen für eine Teilnahme am Bündnis?

Das Bündnis definiert sich über die aus seiner Bezeichnung ablesbare Leitidee als ideelles Bündnis. Am Bündnis können Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen teilnehmen, die sich dieser Leitidee verpflichtet fühlen und auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.

6. Treffen Presseberichte zu, wonach Menschenrechts- oder Flüchtlingsorganisationen wie zum Beispiel Pro Asyl oder Amnesty International, die für ihre kritische Haltung zur Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik der Bundesregierung bekannt sind, nicht in die Planungen und Vorbereitungen des Bündnisses einbezogen wurden?

Wenn ja, weshalb wurden diese Nichtregierungsorganisationen nicht einbezogen?

Nein.

7. Ist die Bundesregierung der Auffassung, Organisationen und Initiativen aus der antifaschistischen, antirassistischen und zivilgesellschaftlichen Praxis ausreichend einbezogen zu haben?

Wie begründet sie ihre Auffassung?

Ja.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

8. Wie erklärt sich die Bundesregierung die inhaltliche und strukturelle Kritik von unterschiedlichsten Nichtregierungsorganisationen am bisherigen Stand des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“?

Weshalb wurde nicht bereits im Entstehungsprozess des Bündnisses ein Gespräch mit diesen Organisationen zu diesem Thema gesucht?

Auf die Antworten zu den Fragen 1, 4 und 7 wird verwiesen.

Im Übrigen ist es in einer pluralistischen Demokratie normal, dass eine solche Vielzahl von beteiligten Gruppierungen unterschiedliche Meinungen äußern.

Wenig hilfreich erscheinen jedoch öffentliche Äußerungen Einzelner über eine angebliche Nichtbeteiligung im Entstehungsprozess des Bündnisses, die – ob-

wohl zum Teil persönlich angesprochen – bis heute keine Vorschläge zur Gestaltung des Bündnisses eingebracht haben.

9. Wie stellt sich die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die von ihr als zentraler Anspruch formulierte „Beteiligung von unten“ am Bündnis vor?

Es wird die Aufgabe des in der Antwort zu Frage 1 genannten Beirates und seiner Geschäftsstelle sein, die angestrebte „Beteiligung von unten“ kontinuierlich zu aktivieren.

10. Wer soll dem geplanten Beirat angehören?

Wer bestimmt dessen Zusammensetzung?

Was werden voraussichtlich seine Zielsetzungen und seine Aufgaben sein?

Welche Befugnisse wird er haben?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen. Über die Zusammensetzung des Beirates werden gegenwärtig Gespräche geführt.

11. Über welche Ausstattung und welche Finanzmittel wird dieser Beirat verfügen können?

Die Arbeitsfähigkeit des Beirates wird sichergestellt werden. Ihm wird eine Geschäftsstelle beigegeben. Über die materielle Ausstattung können vor Arbeitsaufnahme des Beirates noch keine Angaben gemacht werden.

12. Wie hoch belaufen sich die gesamten Kosten für die Eröffnungsveranstaltung in der Staatsoper?

Welche finanziellen Mittel wurden für den „Markt der Initiativen“ auf dem Bebelplatz aufgewendet (bitte getrennt und möglichst genau aufschlüsseln)?

Überschlägig wird mit Gesamtkosten in Höhe von rund 560 000 DM gerechnet. Davon entfallen auf den Veranstaltungsteil in der Staatsoper ca. 55 000 DM; auf die Präsentation der rund 100 Initiativen auf dem Bebelplatz ca. 505 000 DM, einschließlich Veranstaltungsorganisation, -technik, -logistik und -sicherheit, Reise- und Übernachtungskosten der Standbetreiber, Öffentlichkeitsarbeit und Rahmenprogramm.

Die genauen Zahlen stehen erst nach Abschluss aller Einzelabrechnungen fest. Wesentliche Änderungen der genannten Größenordnungen sind derzeit jedoch nicht absehbar.

13. Treffen Presseberichte zu, wonach eine finanzielle Unterstützung der am Bündnis beteiligten einzelnen Initiativen nicht beabsichtigt sei?

Wenn ja, weshalb nicht?

Nein.

Es wird auf die Antwort zu Frage 7 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Jünger und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/1559) in Drucksache 14/1677 vom 28. September 1999 verwiesen. Mittel zur Förderung von Projekten, die den Zielen des Bündnisses entsprechen, sind bei verschiedenen Ansätzen des Bundeshaushalts veranschlagt, für die unterschiedliche Ressorts verantwortlich sind. Entsprechend der jeweiligen Zweckbestimmung stehen solche Mittel auch für Projekte zur Verfügung, die von am Bündnis beteiligten Initiativen durchgeführt werden.

14. Wofür sind die 1,3 Mio. DM vorgesehen, die laut der o. g. Antwort der Bundesregierung (Drucksache 14/2807) für das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ im laufenden Haushalt in Einzelplan 06 Titel 532 05 eingestellt sind (bitte detailliert aufschlüsseln)?

Die im laufenden Haushalt des Bundesministeriums des Innern (BMI) bei Kapitel 06 02 Titel 532 05 veranschlagten 1,3 Mio. DM für das Bündnis sind weitgehend verplant. Sie werden eingesetzt für die Entwicklung und den Ankauf eines Logos, für die o. a. Auftaktveranstaltung und für Einzelprojekte des BMI im Rahmen des Bündnisses, wie Publikationen, Medienarbeit, Veranstaltungen und Seminare.

15. Trifft die Meldung des Tagesspiegels vom 24. Mai 2000 zu, wonach für die von Innenminister Otto Schily angekündigte Auslobung eines Preises für „vorbildliches ziviles Engagement“ im laufenden Haushaltsjahr 400 Mio. DM vom Bund bereitgestellt werden?

Wenn ja, aus welchem Haushaltstitel kommen diese Mittel?

Wofür genau und für wen sind sie vorgesehen?

Nein. Die Meldung des Tagesspiegels vom 24. Mai 2000 beruht, was eine angebliche Bereitstellung von 400 Mio. DM Preisgeldern angeht, offenbar auf einem Missverständnis. Richtig ist, dass Bundesminister Otto Schily über Planungen gesprochen hat, einen Preis für vorbildliches ziviles Engagement auszuloben.

16. Ist die Parlamentarische Staatssekretärin, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, richtig zitiert, dass vom nächsten Jahr an „jährlich 250 Mio. DM zur För-

derung der kommunalen Jugendarbeit zur Verfügung stehen“ werden (Tagesspiegel, 24. Mai 2000)?

Wenn ja, in welchen Haushaltstiteln?

Wofür genau sind die Mittel vorgesehen?

Ist dabei an ein Aktionsprogramm gedacht oder in welcher Form werden die Mittel an die kommunale Ebene weiter gereicht?

Die Mittel sind im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes vorgesehen für Maßnahmen zur Förderung der Integration junger Aussiedler und Ausländer sowie für Projekte im pädagogischen Bereich und im Bereich der Sozialarbeit gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Sie sind im Wesentlichen eingestellt im Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bei Kapitel 17 02 und werden vorwiegend im Wege der Zuwendung (Projektförderung) verausgabt.

17. Welches Ersterscheinungsdatum haben die in der o. g. Antwort zu Frage 6 der Kleinen Anfrage (Drucksache 14/2807) genannten Publikationen „Jugend und Gewalt“, „basta – Nein zur Gewalt“ sowie „Demokratie live“?

Wieso rechnet das Bundesministerium des Innern diese BMI-Publikationen in ihrer Antwort dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zu?

Die Publikationen sind erschienen:

„Jugend und Gewalt“ – II. Quartal 1999

„basta – Nein zur Gewalt“ – I. Quartal 2000

„Demokratie live“ – II. Quartal 2000.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Jünger und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2650) in Drucksache 14/2807 vom 24. Februar 2000 verwiesen.



